

›Sicherheit neu denken‹

Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik – Ein Szenario und eine Initiative bis zum Jahr 2040

Inge Göbl | Gesprächskreis für Frieden und Demokratie Neu-Isenburg

In diesem Jahr ist es dem Gesprächskreis für Frieden und Demokratie Neu-Isenburg zusammen mit der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Frankfurt am Main gelungen, das Szenario ›Sicherheit neu denken – von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik‹ am 8. November 2021 im Gemeindesaal der Evangelisch-Reformierten Gemeinde Am Marktplatz in Neu-Isenburg vorzustellen, nachdem die Veranstaltung im vergangenen Jahr coronabedingt ausfiel.

Pfarrerin Sandra Scholz vom Dekanat Rodgau/Dreieich eröffnete den Vortragsabend mit ihrer Begrüßung, in der sie klarstellte, »Frieden sei denkbar, wenn es gerechter zugeht, zum Beispiel im Klima- und Umweltschutz, wenn Demokratie gestärkt wird und Institutionen wie die UNO eine deutliche Aufwertung ihrer Rolle erfahren. Mehr Waffen und weitere Aufrüstung schaffen keinen Frieden.« Entscheidend für sie persönlich ist, »dass nicht jeder der verantwortlichen Akteure für sich handelt, sondern in ›Sicherheit neu denken‹ alles zusammenkommt und klar wird: Eine wirkliche Veränderung in der Gesellschaft können wir nur erzielen, wenn wir mit unseren Expertisen und Vereinen bzw. Initiativen an einem Strang ziehen. So gibt es in Langen schon seit drei Jahren einen Zusammenschluss verschiedener Gruppen, der sich für ›Sicherheit neu denken‹ engagiert.«

Bürgermeister Herbert Hunkel begrüßte im Anschluss daran die Anwesenden in seiner Funktion als ›Mayor for Peace‹, die er seit 2010 innehat. 2004 trat der ehemalige Neu-Isenburger Bürgermeister Oliver Quilling der Organisa-

tion bei. Diese Mitgliedschaft wird auch der zukünftige Bürgermeister Dirk Gene Hagelstein fortführen, wie er an diesem Abend versicherte.

In seinem Beitrag betont Bürgermeister Herbert Hunkel, dass Frieden und Freiheit für hunderte Millionen Menschen ein unerreichbarer Traum sind, Krieg und Terror trauriger Alltag. In 2020 gab es 29 bewaffnete Konflikte. Insbesondere bekümmert ihn, dass es Kinder und Jugendliche gibt, die noch keinen Tag in Frieden gelebt haben. Mit großer Sorge blickt er auf die aktuelle Lage in Afghanistan und in

Zur Erinnerung: Die Ratifizierung des UN-Atomwaffenverbots-Vertrags (ICAN) erfolgte am 22. Januar 2021, nachdem mehr als 80 Staaten das Abkommen unterzeichnet hatten. Damit sind Atomwaffen nach internationalem Recht geächtet. Bislang ist Deutschland dem Abkommen noch nicht beigetreten, obwohl sich in 2017 mehr als 71 Prozent der Bürgerinnen und Bürger dafür aussprachen.

Zur Information: Die Rüstungsexporte haben in Deutschland 2021 mit 9,35 Milliarden Euro einen neuen Rekordwert erreicht, nach dem bisherigen Höchststand in 2019 mit 8,015 Milliarden Euro. Allein nach Ägypten gingen 2021 Ausfuhren im Wert von 4,34 Milliarden Euro.

Ägypten verletzt die Menschenrechte und mischt mit bei Kriegen in Libyen und im Jemen. Diese Ausfuhren sind politisch falsch!

Die neue Bundesregierung will ein neues Gesetz zur Kontrolle der Rüstungsexporte.

der Ukraine. Er habe die Mitgliedschaft bei den Mayors for Peace gerne übernommen und will sich dafür engagieren, dass Deutschland den UN-Atomwaffen-Verbotsvertrag unterzeichnet, da die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dies wünscht.

Ein weiteres wichtiges Thema für ihn ist der Export von Rüstungsgütern und Kriegswaffen in Kriegs- und Krisengebiete, gegen den er sich einsetzen möchte. Wichtiger denn je sind ihm die gemeinsamen Aktionen der weltweiten Mayors for Peace. Auch nach seiner ›Pensionierung‹ im April 2022 kann er sich ein Engagement in diesem Sinne vorstellen.

Seit geraumer Zeit ist das Thema Frieden wieder mehr in den Fokus gerückt. Dieser erscheint durch die Entwicklungen der vergangenen Monate zunehmend bedroht: Der aktuelle Konflikt zwischen NATO-USA-Europa einerseits und Russland andererseits, dessen Ursachen vielfältig sind, eskaliert zunehmend u. a. durch den Truppenaufmarsch der russischen Streitkräfte an der ukrainischen Grenze und Manöver.

Mit welchen Mitteln könnte das Gefühl der Bedrohung dauerhaft entkräftet werden? Das Beste wären diplomatische Ge-

Das interessierte Publikum samt altem und neuem Bürgermeister.



Referent Ralf Becker und Moderator Thomas C. Schwörer.



Die Mayors for Peace

wurden 1994 von dem damaligen Bürgermeister von Hiroshima gegründet. Aus der Überlegung heraus, dass Bürgermeister*innen für die Sicherheit und das Leben ihrer Bürger*innen verantwortlich sind, versuchen diese, die weltweite Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern und deren Abschaffung zu erreichen. Der internationalen Organisation gehören weltweit mehr als 7800 Städte und Gemeinden aus 163 Ländern, davon mehr als 700 in Deutschland an. Die Mayors for Peace zeigen durch verschiedene Aktionen ihre Haltung gegen Atomwaffen, so durch Veranstaltungen, Aufrufe usw. Eine gemeinsame bundesweite Aktion ist der Beflaggungstag: Am 8. Juli jeden Jahres setzen die Mayors for Peace vor ihren Rathäusern ein sichtbares Zeichen für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen.

sprache, um den Konflikt mittel- bis langfristig zu deeskalieren, so die politischen Verantwortlichen.

›**Sicherheit neu denken**‹ der Evangelischen Landeskirche Baden greift genau dies auf. Es geht aber viel weiter, indem es mit fünf Politikfeldern ein umfassendes Szenario entwickelt, das solche Bedrohungen möglichst verhindert. Denn es setzt auf zivile Sicherheitspolitik und zielt langfristig auf eine zivile Außen- und Sicherheitspolitik ohne Militär.

Das Konzept stellte Ralf Becker als Projektkoordinator der Evangelischen Landeskirche Baden sehr engagiert vor.

Anschaulich zeigte er die fünf Politikfelder nacheinander auf und ging ausführlich auf die einzelnen Schritte und Etappen ein, die bis 2040 erreicht werden sollen und die hier nur kurz skizziert werden können:

1. Ökologisch, sozial und wirtschaftlich gerechte Außenbeziehungen
fairer Handel, internationales Lieferkettengesetz, weltweite zertifizierte Rohstoffgewinnung, Wirtschaftspartnerschaft mit Russland

2. Entwicklung einer starken Demokratie, die Krisen zivilisiert bewältigt
Deutschland wird Vorreiter in ziviler Krisenprävention und -intervention.

3. Förderung nachhaltiger Entwicklung der EU-Anrainerstaaten
Investition in konsequent nachhaltige Entwicklung rund um Europa, beispielhaft in afrikanische Länder, anstatt 80 Milliarden Euro für das Militär (2030) auszugeben.

Die UNO-Agenda 2030, ein globaler Plan mit 17 Zielen nachhaltiger Entwicklung, fördern.

4. Investitionen in eine starke UNO und OSZE-Präsenz statt in die Bundeswehr

Jährliche deutsche Beitragszahlungen von 27 Milliarden Euro in Welternährungsfonds, Weltklimafonds und UN-Flüchtlingshilfefonds. Diese wären dann ausreichend finanziert, ebenso die OSZE als Garant für Sicherheit und Frieden, dank jährlicher deutscher Beiträge von sechs Milliarden Euro.

5. Konversion von Bundeswehr und Rüstungsindustrie

Die Bundeswehr soll zum Technischen Hilfswerk entwickelt werden, ehemalige Rüstungsbetriebe stellen nur noch zivile Produkte her.

Ahnen Sie, welche Potenziale für eine gerechte, friedliche Welt für ALLE, die wir uns so wünschen, frei werden würden? ABER: Ohne einen gerechten Lebensstil und ein gerechtes Wirtschaftssystem gibt es keinen dauerhaften Frieden und keine Sicherheit.

Das Konzept wurde bislang bundesweit in vielen Veranstaltungen vorgestellt. Es findet immer mehr Anerkennung und Unterstützung in der Zivilgesellschaft, zunehmend auch in den Medien. Aber zu hören ist auch, »es sei eine Utopie«. Dies bezieht sich hauptsächlich auf Punkt 5. Bedenkenswert dazu ist ein Statement von **Prof. Dr. Martin Rogg**, Bundeswehroberst der Führungsakademie der Bundeswehr: »Kriege werden immer von Wunschdenken und Machtphantasien geleitet und das Potenzial kriegerischer Interventionen werde chronisch überschätzt.«

Aktuelles Beispiel ist der zwanzig Jahre währende Krieg in Afghanistan. Inzwi-

schen beherrschen die Taliban wieder das Land.

Und Ralf Becker führt an: »Wir kennen seit 30 Jahren so viele Alternativen zum Militär: den zivilen Friedensdienst. Lasst uns das in die Gesellschaft hineinbringen und konsequent weiterentwickeln, auf dass wir andere Bilder in den Kopf kriegen als die aus den Nachrichten: Es geht nur mit Bomben, Minen oder sonst was.«

Und ganz so utopisch ist das Konzept nicht,

denn es greift durchaus Ansätze der Politik auf. So gibt es seit 2004 einen Aktionsplan der Bundesregierung ›Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung‹, der 2017 durch neue Leitlinien abgelöst wurde. Der ehemalige **Entwicklungsminister Müller** verfolgte mit seinem ›Marshall-Plan für Afrika‹ einen ebensolchen Ansatz, konsequent und vermehrt in afrikanische Staaten zu investieren.

Der Gesprächskreis Frieden und Demokratie in Neu-Isenburg und die DFG-VK e.V. Frankfurt am Main unterstützen das Konzept.

Der anschauliche und hervorragende Vortrag von Ralf Becker motiviert zum Weitermachen, ebenso die engagierten Beiträge von Pfarrerin Scholz und Bürgermeister Hunkel. Wir möchten uns herzlich bei den Vortragenden für ihr Engagement bedanken. Ebenfalls herzlich bedanken möchten wir uns bei allen Anwesenden sowie den Unterstützenden dieser Veranstaltung: Evangelisch-Reformierte Gemeinde Am Marktplatz, Evangelische Johannesgemeinde, Evangelisch-Reformierte Buchenbuschgemeinde sowie die Vereine Flüchtlingshilfe und Weltladen. Und zu guter Letzt bei **Thomas C. Schwörer** von der DFG-VK e.V. Frankfurt und Mitglied im Gesprächskreis, der die Veranstaltung souverän moderierte. Thomas Carl Schwörer gehört auch dem Koordinierungskreis von ›Sicherheit neu denken‹ an.

Die Veranstaltung kann unter folgendem youtube-Link nachverfolgt werden:

https://www.youtube.com/watch?v=7lqGij1_FHk

Weitergehende Informationen gibt es auf der Seite

www.sicherheitneudenken.de.

Beitrag im Isenburger Nr. 99 vom September 2021, Seite 10-11

Telefon (0 6102) 3 48 21 · Fax (0 6102) 3 44 66

WALZ WÄRME GmbH · Peterstraße 1 · 63263 Neu-Isenburg

